



Pressemitteilung

Luxemburg, den 12. September 2019

Der Analyse der Prüfer zufolge bringen die aktuellen Pläne der EU im Verteidigungsbereich Leistungsrisiken mit sich.

Die derzeitigen militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und ihre Zusammenarbeit im militärischen Bereich werden den neuen ehrgeizigen Zielsetzungen der EU-Verteidigungspolitik nicht gerecht. So lautet das Fazit einer neuen Analyse des Europäischen Rechnungshofs. Die Prüfer weisen mit Nachdruck darauf hin, dass Synergien zwischen EU-Initiativen und anderen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Rahmen wesentliche Bedeutung zukommt. Ein kritischer Punkt ist insbesondere die Frage, ob die EU in der Lage sein wird, die NATO zu ergänzen und Verdoppelungen und Überlappungen zu vermeiden. Die jüngsten Initiativen auf EU-Ebene und die vorgeschlagene Mittelaufstockung bringen Leistungsrisiken mit sich.

Was die europäische Verteidigung angeht, halten die Mitgliedstaaten die Zügel nach wie vor fest in der Hand, und bis 2014 gab es in dem Bereich nur in begrenztem Umfang Maßnahmen auf EU-Ebene. Allerdings haben die jüngsten internationalen Entwicklungen in Verbindung mit wirtschaftlichen und industriellen Erwägungen der europäischen Verteidigungszusammenarbeit neue Dynamik verliehen. Im Zuge der Globalen Strategie der EU 2016 und ihres Umsetzungsplans für Sicherheit und Verteidigung wurde eine Reihe von Initiativen und Mechanismen eingeführt. Vor diesem Hintergrund schlug die Europäische Kommission eine deutliche Aufstockung der EU-Haushaltsmittel für die Bereiche Verteidigung und äußere Sicherheit vor: 22,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021-2027 gegenüber 2,8 Milliarden Euro im Zeitraum 2014-2020.

Die Prüfer betrachten es als Risiko, dass möglicherweise keine entsprechenden Kontrollsysteme vorhanden sind, mit denen sich ein derartiger Anstieg der EU-Ausgaben bewältigen lässt. Des Weiteren erkennen sie Verteidigung als einen besonderen Bereich an, der das Kernelement der nationalen Souveränität bildet. In strategischer Hinsicht bestehen deutliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten, deren Wahrnehmung von Sicherheitsbedrohungen und deren Auffassung von der Rolle der EU im Verteidigungsbereich voneinander abweichen können. Außerdem verfügen die Mitgliedstaaten über unterschiedliche Einsatzregeln und vertreten verschiedene Standpunkte zum Einsatz militärischer Gewalt. In diesem Kontext sind einige

*Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen der Analyse des Europäischen Rechnungshofs.
Dokument im Volltext unter www.eca.europa.eu.*

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

Begriffe wie "strategische Autonomie" oder "eine europäische Armee" immer noch weit und vage gefasst, so die Prüfer.

Zudem ist es ihrer Auffassung nach von entscheidender Bedeutung, die Kohärenz der EU-Initiativen und die Synergien mit anderen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Rahmen sicherzustellen. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen die NATO beteiligt ist, da sie für 22 Mitgliedstaaten nach wie vor den primären Rahmen für die kollektive Verteidigung darstellt. Von zentraler Bedeutung ist die Frage, ob die EU in der Lage ist, die NATO zu ergänzen und damit eine Verdoppelung und Überlappung ihrer Funktionen zu vermeiden.

Juhan Parts, das für die Analyse zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs, äußerte sich hierzu wie folgt: *"Verteidigung beinhaltet den Aufbau konkreter militärischer Fähigkeiten, die das eindeutige Potenzial zur Abwehr möglicher Bedrohungen haben. Ohne kritische Erfolgsfaktoren und ohne klare Zielvorgaben besteht seiner Ansicht nach die Gefahr, dass die derzeitigen EU-Verteidigungsinitiativen wirkungs- und ergebnislos bleiben".*

Was die Fähigkeiten angeht, besteht zwischen den Erwartungen, die an die Mitgliedstaaten gestellt werden, und dem, worauf sie sich einigen und was sie leisten können, eine deutliche Kluft. Die Prüfer stellten fest, dass die militärischen Fähigkeiten in der EU in den vergangenen Jahren durch Unterinvestitionen und Kürzungen der nationalen Verteidigungshaushalte beeinträchtigt wurden und durch ein hohes Maß an Verdoppelung und Fragmentierung gekennzeichnet sind. Verschlimmert wird diese Situation noch durch den Mangel an einheitlichen technischen Standards, welcher sich negativ auf die Interoperabilität der verschiedenen Streitkräfte in Europa auswirkt. Insgesamt entsprechen die derzeitigen militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten nicht den militärischen Zielvorgaben der EU. Mehrere Hundert Milliarden Euro wären erforderlich, um dieses Gefälle zu beseitigen, sollte sich Europa ohne Hilfe von außen verteidigen müssen. Da das Vereinigte Königreich von allen europäischen Ländern am meisten für Verteidigung ausgibt – rund ein Viertel der gesamten Verteidigungsausgaben der EU-Mitgliedstaaten entfallen auf den britischen Verteidigungsetat –, würde sich diese Situation mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU noch verschärfen.

In den letzten Jahren wurden mehrere verteidigungsbezogene Initiativen und Mechanismen eingeführt, darunter die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ), die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD) und der Europäische Verteidigungsfonds. Diese Initiativen und eine vorgeschlagene Aufstockung der EU-Mittel und der nationalen Budgets können als "großer Schritt nach vorn" für die europäische Verteidigung betrachtet werden. Ihr Erfolg hängt jedoch weitgehend von mehreren entscheidenden Voraussetzungen ab, die nach Ansicht der Prüfer noch nicht gegeben sind. Diese beziehen sich insbesondere auf

- einen wirksamen EU-Planungsprozess,
- die Beteiligung der Mitgliedstaaten,
- die Auswirkungen auf den tatsächlichen Bedarf an Fähigkeiten,
- den Governance- und Rechenschaftsrahmen.

Hinweise für den Herausgeber

Eine Analyse dient dazu, die Faktenlage zu einem bestimmten Thema darzulegen und zu analysieren. Sie ist keine Prüfung.

Die Analyse Nr. 9/2019 des Hofes mit dem Titel "Europäische Verteidigung" ist in 23 EU-Sprachen auf der Website des Hofes eca.europa.eu abrufbar.

Pressekontakt für diese Analyse

Vincent Bourgeois – E: vincent.bourgeois@eca.europa.eu

T: (+352) 4398-47502 / M: (+352) 691 551 502